



Ein Brand in der Meinerser Flüchtlingsunterkunft löste am Freitagabend einen Großeinsatz für die Hilfskräfte aus.

TOBIAS NADJIB / KREISFEUERWEHR PRESSESTELLE

Nach Wohnheim-Brand spitzt sich die Lage zu

Samtgemeinden und Gemeinde Sassenburg müssen in den nächsten drei Monaten insgesamt bis zu 500 geflüchtete Ukrainer aufnehmen

Dirk Kühn

Gifhorn. Durch den Brand in der Flüchtlingsunterkunft in Meinersen verschärft sich das Problem der Unterbringung von Familien aus der Ukraine und Asylsuchenden. Das bestätigte am Samstag Landrat Tobias Heilmann. Der Landkreis habe noch am Wochenende Kontakt mit der Landesaufnahmsbehörde aufgenommen, damit diese besondere Situation im Kreis Gifhorn bei der Zuweisung von Geflüchteten in den nächsten Wochen und Monaten berücksichtigt werde.

Wie der Landrat erläuterte, seien die 45 Bewohner aus Meinersen auf dem Clausmoorhof in Gifhorn und im Flüchtlingscamp in Ehra-Lesien untergebracht worden. Damit sei die Kapazitätsgrenze erreicht. „Der Puffer, den wir noch hatten, ist jetzt weg“, erläuterte Heilmann. Angesichts des mehrmonatigen Wegfalls von rund 70 Plätzen in Meinersen sagte der Landrat: „Wir müssen uns jetzt neu sortieren.“ Allerdings stellte er klar, dass die Quote der Zuweisungen an die Samtgemeinden und die Gemeinde Sassenburg unverändert bleibe.

Erst in der vergangenen Woche

hatte die Kreisverwaltung erklärt, dass sie jetzt die Zuständigkeit für die Unterbringung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine an die Kommunen abgebe. Um wieviel Flüchtlinge es sich handelt und welche Samtgemeinde wieviel Menschen unterbringen müsse, wollte die Kreisverwaltung nicht sagen. „Aufgrund der zu erwartenden Dynamik in den Zuweisungszahlen der Landesaufnahmsbehörde möchten wir hier keine konkreten Zahlen nennen, diese dienen vornehmlich den internen Planungen“, hieß es in der Begründung.

Laut einer Übersicht, die an die Kreistagsabgeordneten verschickt wurde, sind es nach Rundschau-Informationen insgesamt 500 Geflüchtete. Außen vor bleiben die Städte Gifhorn und Wittingen sowie die Samtgemeinde Brome, die gemessen an der Einwohnerzahl bereits ihr Soll erfüllt haben.

Besonders betroffen ist die Samtgemeinde Papenteich, die bis Jahresende 205 geflüchtete Ukrainer aufnehmen soll. Aktuell wohnen im Papenteich 128 Menschen aus der Ukraine sowie 65 Asylsuchende, insgesamt also 193. Gemessen an der Zahl von 24.775 Einwohnern

kommt die Kreisverwaltung auf 487 Geflüchtete, die im Papenteich wohnen sollten. Die Samtgemeinde Boldecker Land soll 69 Menschen aus der Ukraine aufnehmen. Dort wohnen aktuell 47 Asylsuchende und 63 Ukrainer. Die Samtgemeinde Isenbüttel und die Gemeinde Sassenburg müssen mit 55 Personen rechnen. Bisher wohnen in Isenbüttel 97 Asylsuchende und 134 Ukrainer, in der Sassenburg sind es 30 Asylsuchende und 131 Ukrainer. Für die Samtgemeinde Meinersen sieht der Plan bis Jahresende 49 Geflüchtete vor, für die Samtgemeinde Wesendorf 35 und Hankensbüttel 33.

Scharfe Kritik am Landkreis gab es bisher aus den Samtgemeinden Papenteich und Boldecker Land. Bromes Samtgemeindebürgermeister Wieland Bartels spricht von einer äußerst kritischen Angelegenheit und hat dabei vor allem Berlin im Blick. „Ich finde es nach wie vor eine Farce, dass sich die kleinen Kommunen um die Flüchtlingskrise kümmern müssen. Wie kann es sein, dass ein europaweites Problem von uns gelöst werden soll? Das kann nicht der Ernst des Gesetzgebers sein“, so Bartels.